



Biwöchlicher Monatsschrift in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11½ Sgr. Inserionsgebühr für den Raum einer fünfblättrigen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Nr. 78. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 15. Februar 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

D. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (14. Febr.).

Eröffnung 10 Uhr 15 Minuten. Am Ministerialen Graf v. Ichenhausen und v. Selchow. Die Tribünen sind stark besetzt.

Präsident Grabow macht zunächst Mittheilung über die Zusammensetzung der neu gebildeten Commissionen. Dann fährt er fort:

Es ist ein Schreiben des patriotischen Vereins zu Cottbus (Heiterkeit) an mich angelommen, welches gegen die Worte gerichtet ist, die ich bei Übernahme des Präsidiums gesprochen habe. Dasselbe ist im Namen des über 700 Mitglieder zählenden Vereins von seinem Vorstande unterzeichnet. Das Schreiben ist im Bureau ausgelegt, ich werde es aber, wie ich bereits in der letzten Sitzung die Ehre hatte zu sagen, zu meinen Manual-Akten nehmen und zum Andenken aufzubewahren. (Große Heiterkeit.) Außerdem ist noch eine Zusammenfassung aus Hamm eingegangen, mit der ich in derselben Weise verfahren werde.

Das Haus geht zur Tages-Ordnung über, zur Fortsetzung der Debatte über die Coalitionsfrage. Nach der Rednerliste erhält zunächst das Wort der

Abg. Parrisius (Gardelegen): Ich dachte nicht in dieser Debatte das Wort nehmen zu dürfen. Erst als der hr. Handelsminister seine Erklärungen abgegeben hatte, fühlte ich mich im Interesse der Genossenschaften verpflichtet, für dieselben einzutreten, um etwaige Irrtümer, die im Hause entstehen könnten, zu widerlegen. Der Antrag des Abg. v. Bonin ist, wie ich glaube, aus solcher bloß missverständlichen Auslegung der Erklärung des Ministers hervorgegangen. Was die Ausführungen des Abgeordneten für Neustettin anbetrifft, so es nicht uninteressant, weil dem Sinne und Stellenwert fast dem Wortlaut nach genau mit seiner Rede übereinstimmende Artikel zu beleuchten, welche schon am Mittwoch und Donnerstag der vergangenen Woche im „Kreis. Volksblatt“ gestanden haben. Ich frage nicht, ob Bruno Bauer, oder irgend ein anderer Demokrat von 1848 den Abgeordneten für Neustettin beeinflusst hat; ich will nur auf diese merkwürdige Ueberbestimmung hinweisen. Der letzte Artikel des Volksblatts schließt mit den Worten: Und wenn die Herren von der Fortschrittspartei sagen, daß sie auch für die ländlichen Arbeiter das Coalitionsrecht erringen wollen, so zwingen sie uns, über ihre Unwissenheit zu lächeln, denn die ländliche Arbeiter bestimmt gar kein Verbot der Coalition. — M. h. Schon der Abg. Waldeck hat von der Rede des hrn. Wagener bemerkt, daß sie schwer zu fassen sei, und ich muß hinzufügen, daß es mir vorkommt, als ob sie Worte ohne praktischen Inhalt enthalte. Wenn nun der Abgeordnete für Neustettin sagt, daß er und seine Freunde über die sociale Frage genau dachten, wie früher, und daß sie genau dasselbe wollten, nicht mehr noch weniger, so muss man doch fragen, ob sie dabei den Standpunkt von 1848 oder 1855 im Sinne haben. Im Jahre 1855 gab es bestimmt eine ungeheure conservative Majorität in der Kammer und es ist höchst interessant zu sehen, wie dieselbe sich auch mit socialen Dingen beschäftigt hat. Damals erschien ein Schriftstück, welches als ein Programm der conservativen Partei angesehen werden sollte, und das auch über die Stellung der Partei zu den socialen Frage merkwürdige Aufschlüsse gab.

Der Redner gibt nunmehr eine Plenumlese aus den „Grundzügen der conservativen Politik“, welche bekanntlich im Jahre 1855 auch als Broschüre erschienen und Herrn Wagener zum Verfasser haben sollten. In diesem Schriftstück heißt es unter Anderem: Indem wir Hand an die Verfassungs-Urkunde legen, lasten wir keine Freiheit der Bevölkerung, sondern nur die usurpierte Alleinherrschaft der doctrinären Bewunderer des Constitutionalismus an, der seinen Hinterassen die politische Freiheit verleiht und die sociale verklammert u. s. w. Die Grundzüge der conservativen Politik verlangen, daß der Grundbesitz feudalisiert und daß der bewegliche Besitz durch corporative Gestaltungen immobilisiert werde. Auch die Staatshilfe war schon in Aussicht genommen; dagegen sollte die Freiheit der Geschäftsführung unter Kontrolle der Gemeinde gestellt werden. Wie diese conservative Politik sich zu der Volksziehung stellen wollte, geht daraus hervor, daß ihr ein Unterricht durch „Wanderlehrer“ in vielen Fällen als ausreichend und preiswürdig erschien. Die Stellung des Fabrikherrn zu seinen Arbeitern sollte „feudalisiert“ werden. (Hört!) „Die Tyrannie des Kapitals“ wurde in den herbsten Ausdrücken angeklagt.

Aun, meine Herren! trog allem ist dieses Programm doch erst recht verständlich, wenn man es mit den Bestrebungen der Partei im Abgeordnetenhaus und im Lande vergleicht. In jener denkbarsten Session des Hauses hörten die Anträge auf Wiedereinführung der Prügelstrafe und die Anträge auf Beschränkung der Geschäftsführung und der freien Niederlassung gar nicht auf. Man erinnert sich wohl noch des Antrages, den Herr von der Horst nach dieser Richtung bis gestellt hatte, und der dem damaligen Ministerium zur Erwagung überwiesen wurde. Dann folgte ein wahrer Petitionssturm; der Kreistag des stolper Kreises that sich hervor; aus den pommerschen Wahlkreisen, welche jene Herren (auf die Bänke der Feudalen deutend) vertreten, fehlte kaum ein einziger, der dem Abgeordnetenhaus nicht eine Prügelpetition zugeleitet hätte. In einer dieser Petitionen wurde behauptet, daß die Hälfte der Nation, welche mit dem Collectivnamen des Proletariats umfaßt werde, in einer Verwildernung sich befände, welche als schlimmer, denn nach dem 30jährigen Kriege bezeichnet werden müsse. Auch eine Petition aus Oberschlesien erging sich in sehr kräftigen Ausdrücken — das war damals, meine Herren! jetzt soll es anders sein, wenigstens so viel aus den Anträgen des Herrn Wagener gefolgert werden müsse.

Wenn das Mitglied für Neustettin indessen die Staatshilfe für Productiv-Associationen mit den Zinsgarantien der Eisenbahnen combiniren zu dürfen glaubt, so muß ich ihn doch daran erinnern, daß die Fortschrittspartei, wie er wohl wissen wird, an Einführung dieser Zinsgarantien vollkommen unwillig ist. Ich möchte den Herren aber zu bedenken geben, ob sie, wenn sie doch einmal die Productiv-Associationen in's Auge fassen wollen, nicht am besten thöten, mit denen zu beginnen, die ihnen am nächsten stehen, nämlich mit den ländlichen Arbeitern. Man kann sagen, daß diese Associationen auch bei den ländlichen Arbeitern sehr wohl möglich sind; in England wenigstens sieht man deren, und sie laden somit die Herren Conservativen zur Nachahmung ein. Auch in andern Kreisen hält man die ländlichen Productiv-Associationen für empfehlenswerth. So liegt mit einer kleinen Broschüre von einem Dr. Lange aus Duisburg vor, einem Lassallisten, der aber meint, (oder von dem gemeint wird,) daß er sich zu Lassalle verhalte, wie Knipperdölling zu Mahomet. — Redner verliest einige Stellen dieser Broschüre und bemerkt dann, er werde sich sehr freuen, wenn die conservative Fraktion, um ihre Angaben über ihre Stellung zu bestätigen, für das Amendment Beder stimmen würde. Dies werde wenigstens zeigen, daß sie seit dem Jahre 1858 einen erheblichen Fortschritt gemacht habe.

Nach einer Kritik des abwehrenden Verfahrens, das die Männer, die das gegenwärtige Ministerium bilden, so lange dem Genossenschaftswesen gegenüber beobachtet haben, schließt der Redner: er fürchte demnach, daß die Aussichten, welche der Handelsminister eröffnet habe, in einem Zusammenhang mit den Ansichten des Herrn Wagener ständen, wenn dies nicht der Fall wäre, so könnte man gegen das Amendment Bonin nichts einwenden, wenn aber doch, so müsse dieses Amendment als gefährlich qualifiziert werden. Er bitte, für das Amendment Beder zu stimmen, der auch für die ländlichen Arbeiter die Coalitionsfreiheit beansprucht.

Abg. Loewe: Meine Herren! Die Debatte hat wider mein Erwarten ganz außerordentliche Proportionen angenommen; ich hatte geglaubt, daß der ursprüngliche Antrag isoliert stehen bleiben werde, aber nun, wo ein weiteres Verfahren der Gesetzgebung in Aussicht steht, muß ich gestehen, daß mir die allergrößten Bedenken gekommen sind. Ich lege ein großes Gewicht darauf, daß wir uns von unserem speziellen Gegenstande nicht um ein Haar breit entfernen, daß wir keinen Schritt vom Felde des Rechts abweichen, damit wir nicht von der Fluth der heranstromenden Consequenzen fortgerissen werden. Ich hatte gehofft, daß es möglich sein werde, die verschiedenen, in diesem Hause vereinten Interessen in dieser Frage in Einklang zu bringen, weil von der anderen Seite entgegenkommende Meinungen, die sogar gewisser Maßen in eine offizielle Form gekleidet waren, entgegengebracht wurden. Aber ich bin leider darüber enttäuscht worden. Wir haben erfahren müssen, daß das Ministerium sich mit der Frage in einem Sinne beschäftigt, der unseren Intentionen zuwidert. Das Ministerium will sich mit neuen In-

formationen ausrüsten, aber diese Informationen verlaufen sich auf ein anderes Gebiet, als die Antragsteller im Auge haben.

Um den Standpunkt der Antragsteller zu rechtfertigen, ist es nothwendig, auf die ursprüngliche Frage zurückzugehen. Ich danke hierbei dem Herrn Vorredner für die gründliche Beleuchtung des geschicklichen Materials, — aber ich für mein Leid werde den speziellen Punkt fest in's Auge fassen, daß nur die beiden Paragraphen, auf welche der ursprüngliche Antrag gerichtet war, aufgehoben werden müssen. Ich will damit eine Forderung der Gerechtigkeit gegen die arbeitenden Klassen erfüllen, denen der Paragraph, welcher die Coalitionen der Arbeitgeber verbietet, kein Aequivalent für den Verlust ihres natürlichen Rechtes bietet, denn die Interessen der Arbeitgeber werden immer Coalitionen in sich selbst bilden.

Wenn man auf entgegengesetzter Seite den Ursprung der Arbeiterfrage auf das Jahr 1789 zurückgeführt hat, so muß ich dem entgegen, daß schon der große Adam Smith vor 100 Jahren ein aufmerksam Auge auf das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehabt hat. Man hat in diesem Punkte immer jene Schule mit Utrecht verdächtigt.

Sie hat es immer als ihre Ansicht ausgesprochen, was auch wir behaupten, daß die Arbeitgeber sich immer bequem coalisieren können, weil sie, wenn ihre Coalition nicht zum Siege führt, von ihrem Kapitale leben können, womit sie sonst die Arbeit betrachten haben, während der Arbeiter kein Kapital hinter sich hat. Es ist aber auch ein neues Moment in der jetzigen Entwicklung der industriellen Verhältnisse zu suchen in der Steigerung des Zinsfußes. Alle wissenschaftlichen Autoritäten sind darin einig, daß der Zinsfuß seine größte Höhe nicht erreicht hat. So kommt ein neues Element in die Lohnfrage. Es ist natürlich, daß die Industriellen ihr Betriebskapital so schnell wie möglich umzulegen suchen, damit sie wenig Zins einbüßen. Zu diesem Zwecke wird die Arbeitszeit zusammengedrängt und dadurch entstehen Unterbrechungen der Arbeit, welche die grösste Gefahr für die Arbeiter in sich bergen; die Arbeiter werden diese Misstände nur überstehen, wenn ihre Löhne so hoch sind, daß sie für diese Fälle zurücklegen können. In Amerika, wo bekanntlich der Zinsfuß sehr hoch ist, ist dies die Praxis der Industrie, und die allgemeine Klage der Arbeiter ist in Folge dessen das störende Ausführen der Arbeit.

Die Ausgleichung dieser Nebestände werden wir den Arbeitern möglich machen, wenn wir den Paragraphen vom Verbote der Coalitionen aufheben. Es ist auf die Gefahr hingewiesen worden, daß die Coalitionen den Arbeitern nichts nützen würden. Darüber, wie die Arbeiter ihr Coalitionsrecht zu benutzen haben werden, sind viele Theorien aufgestellt worden. Für mich ist diese Frage vollkommen gelöst. Ich habe die Überzeugung, daß die Coalitionen eine Erhöhung der Arbeitslohn herbeiführen werden. Aber es ist allerdings damit nicht gesagt, daß, wenn der Lohn sich erhöht, auch diejenigen den Gewinn davon haben werden, die das Opfer der Arbeitseinstellung gebracht haben. Ich will Ihnen dafür ein praktisches Beispiel anführen. Durch die Buchdrucker-Strikes war es in Berlin durchgeleitet worden, daß die Buchdruckereibesitzer 1000 n höher als früher bezahlen müssten. Vor einiger Zeit nun sagte mir ein Seiger, daß er jetzt weniger verdiente, als früher. Ich äußerte meine Zweifel darüber, wurde indes bald belebt, daß die Angabe richtig sein mußte, als ich bei einem Verleger auf dem Flure sah, daß er ganze Ballen Drucklachen von außerhalb erhalten hatte. Die selben waren aus einer kleinen Stadt Baierns angelommen.

Die Folge der Lohnerschöpfung war also gewesen, daß viele Sachen in einer bayerischen Stadt gedruckt worden waren. Später befahl derselbe Verleger von seinem Drucker in Baiern einen Brief, worin er ihm anzeigte, daß er in Folge der Arbeitsanhäufung gezwungen worden sei, den Arbeitslohn ebenfalls zu erhöhen. Sie seien daraus, m. h., daß eine Arbeitseinstellung in Berlin die Löhne in Baiern erhöht hat. Dort war es ein Gewinn für die Arbeiter — hier feierten sie einen Triumph mit trockenem Lorbern. Es ist das Geheimniß der Lohnfrage, daß die jehigen Generationen für die späteren arbeiten müssen, gerade wie aus unseren Verfassungslämpchen später die Nation Nutzen ziehen wird, und wir an einem Hause bauen, in dem andere wohnen werden. (Zustimmung.) Die Erhöhung des Lohns muß immer von einem Gewerbe auf das andere wirken, so daß ich die größte Hoffnung habe, daß, wenn das Niveau des Lohnes steigt, auch einmal unsere Dorfschulmeister besseren Lohn erhalten werden. (Heiterkeit.) Man hat sich in der Debatte nicht genug wollen, die Frage auf diesem einzelnen Punkte beruhern zu lassen. Ich hätte dies als die ganz natürliche Grenze angenommen, und es hätte ja auch dem conservativen Vorbilde entsprochen, daß, wenn ein schlechter Punkt in der Gesetzesgebung beseitigt ist, andere Punkte nach einer Zeit an die Reihe kommen; man nenne es auch Reform der Gesetzesgebung. Statt dessen hat man aber alle möglichen Gesetzespunkte ins Auge gesetzt. Man hat gesagt, die natürliche Consequenz der Aufhebung dieser SS ist, daß auch der Arbeitgeber müssen sagen können: ich suche mir andere Arbeiter, die wo anders wohnen, die in anderen Branchen arbeiten, d. h. das natürliche Correlat der Coalitionsfreiheit ist die Gewerbefreiheit und Freizeitigkeit. Wenn nun Herr Wagener gesagt hat, für diese Dinge schwärmt ein kleiner Mensch mehr, so scheint mir gerade das eine sonderbare Schwärzung zu sein. (Heiterkeit.) Ich für meinen Theil habe das immer als das höchste Recht des Staatsbürgers betrachtet. Ich habe in vielen politischen Fragen mitgesprochen, aber es hat mich nie mehr drängt, von der Tribune eines anderen Hauses deutsches Bürgerrecht zu vertheidigen, als indem ich für diese Rechte eintrat.

Nie war ich so begeistert, nie habe ich mein Herz so offen und frei ausgestrahlt, als vor 17 Jahren in dieser Frage. Später sind große Staatsfragen an mich herangetreten, es handelte sich darum, ob Kaiserthum, ob Republik; aber sind diese Fragen für den Einzelnen nicht untergeordnet gegen das persönliche Recht, seine Arbeitskraft zu verwerten, wie und wo er will? (Stürmisches Bravo.)

Ich will eine Erfahrung anführen, die ich in Amerika gemacht habe: Nichts gleicht der Notth und dem Elend der Fremdlinge, welche mittellos in dieses Land kommen, dessen Verhältnisse ihnen ganz unbekannt sind; die rohste Arbeit erwarten sie, und es gibt gewiß keine Klasse von Menschen, welche vom Unglück so heimgesucht wird, wie diese armen Auswanderer in den ersten Jahren ihrer Anwesenheit. Haben sie aber erst ein Jahr hinter sich, dann stimmen sie alle in dem einen Worte überein: Ich kann doch hier treiben was ich will, jeder Geschäftskreis steht mir offen, ich kann geben wohin ich will, ohne belästigt zu werden von Polizeibestimmungen (Hört! Hört!), ohne daß der Staat, oder wie anderwärts einmal gesagt worden ist, der „Rader von Staat“ (allesfeindige Heiterkeit) dazwischen kommt.

Es ist für uns gewiß höchst schmeichelhaft, daß jene Seite aus dem Grunde unseres Antrage nicht bestimmen will, weil er von dieser Seite ausgegangen ist; es wird ihm eben deshalb drüben kein besonderes Gewicht beigelegt.

Ich sehe mit Vergnügen, daß mir Herr Wagener zunächst (große Heiterkeit) und ich danke dem Herrn Vorredner noch einmal für seine klare Darstellung, mit welcher er die Reihe der überraschenden Erörterungen des Herrn Wagener beantwortet hat.

Es ist allerdings ganz richtig, daß die Organisation der Arbeit nur ein Euphemismus ist für die Feudalisation der Arbeit (Heiterkeit).

Zu bestreiten ist, daß jene Partei von ihren bestreiten Traditionen abgegangen ist, denn noch kürzlich äußerten ja ihre Hauptorgane und Führer Meinungen, die zu bestreiten Erwartungen berechtigten, z. B. der Rundschauer, jener alte Mann legte das Gesetz in fröhlichster Weise ab, daß der budgetlose Zustand zwar seine Unannehmlichkeiten habe; er führt doch aber ein Gutes mit sich, daß wie die unglückselige Herrschaft der organischen Gesetze los würden (Heiterkeit). Das Gute, daß jetzt keine Geschäftsfabrik besteht, erkenne ich gewiß auch an; es ist profanclair, wenn wir zwei Gesetze weniger haben und kein neues erhalten (große Heiterkeit).

Wenn ich auf den Unterschied zwischen germanischer und romanischer Freiheit eingehen soll, so muß ich bedauern, daß die conservative Partei von ihrem Standpunkte abgekommen ist. Früher behauptete die conservative Partei, daß sie auf dem Standpunkte der germanischen Entwicklung stände und ich habe — ich sage dies ohne Ironie — immer noch einen Trost darin gefunden, daß wir mit jener Partei auf einem Boden standen, wenn auch nur ihr Fuß mit einer Seide auf diesem Boden stand. (Heiterkeit.) Wir stimmen doch wenigstens überwiegend in dem germanischen Widerwillen gegen das Reglementarysten, in jenem Widerwillen, der das Staatsungeheuer auf einen engen Kreis zusammenzudrängen strebt. (Hört!) Denn während die Entwicklung des sozialen Lebens größere Dimensionen annimmt, muß der Staat immer mehr verschwinden. Jetzt hat die conservative Partei den Boden der romanischen Freiheit beschränkt, der in Deutschland nur auf dem Wege der

Revolution zu gewinnen ist. Dabei möchte ich dieser Partei zu bedenken geben, daß Revolutionen allerdings von der Minorität gemacht werden, daß aber die Entscheidung für die Revolution „der kleine Mann gibt, der beschieden mit der Schlafmücke zum Fenster heraussteht, und daß der Ausgang davon abhängig ist, ob sich der Zipfel nach rechts oder links bewegt.“ Lassen Sie nur Ihre Bataillone marschieren, m. h., aber fürchten Sie das Schicksal des Bauberlehrlings! (Hört! Hört!) Sie verlieren sich in das französische Studium, indem Sie das vaterländische verlassen.

Das Studium der preußischen Geschichte beweist, daß durch die germanische Entwicklung die Ideen der romanischen Revolution zurückgedrängt worden sind. Trotzdem die Verbrechungen, die eine Folge der romanischen Revolution waren, nicht gehalten wurden, begnügte sich das Volk dennoch, da es nach dem allgemeinen Bewußtsein regiert wurde und der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit theilhaftig war, und blieb 1830 ruhig. Später erst tauchten die Phantasien von Organisation der Arbeit, Gewerbeordnung u. s. w. auf, aber diese Revolution hat die Reaction nicht blos möglich gemacht, sondern sie hat sie gemacht; es war ein wesentlicher Grund der Revolution von 1848, daß die Freiheit der Arbeit verlumpt war. (Bravo.) Der active und energische Theil der Arbeiter summert sich nicht um die Freiheit, sondern um die Brodtfrage, und wenn diese Frage in unserem Sinne gelöst wird, werden wir Ihre Bataillone für uns haben. Sie sagen, m. h., daß die Arbeiter-Bewegungen erst seit dem Jahre 1789 datieren; ich sage Ihnen aber: die Frage der Notth und des Glends existirt so lange die Welt steht, sie hat nur ihre Form verändert, sie trat in Sparta anders auf als im Mittelalter, aber sie war immer gegen die Organisation der Arbeit gerichtet, die man Ausbeutung der ärmeren Klassen nennt. Sie, m. h., wollen die industriellen Interessen organisieren?

Fragen Sie nur einmal an beim Herrn Handelsminister, wie viel Interessen in sein Hotel kommen und geschäft und gefordert sein wollen, und wenn es der Herr Minister nicht sagen will, so fragen Sie seinen Portier, (große Heiterkeit) bei dem sie alle vorbeimüssen; und wenn Sie diese Millionen vor Augen haben, die der Herr Minister, wenn er von ihrem Andrang erschöpft ist, oft genug beflagn mag, wollen Sie ihm dann noch neue Millionen aufdringen? Ich muß noch einmal auf Lassalle zurückkommen, auf die Gefahr hin, daß Herr Wagener zu einer persönlichen Bemerkung zu veranlassen. (Heiterkeit.) Lassalle war zu gebildet, als daß er glauben sollte, grobe Bewegungen würden von der Minorität entschieden; er hat nur zu Sophismen seine Zuflucht genommen, nicht weil er die Absicht hatte, die Minorität aus dem Seelen der Majorität zu bejagen, sondern um zu beweisen, daß die Organisation der Arbeit nur die Organisation der Mehrheit sei. Was seine Productiv-Associationen betrifft, so bedenken Sie, daß sie in die Concurrenz mit der ganzen Welt eintreten müssten; wenn wir aus Staatsmitteln eine Klasse organisieren, so heißt das nichts Anderes, als daß die Klasse der Staatsbeamten vermehrt und es liegt wohl auf der Hand, daß dadurch unsere Industrie nicht gestärkt werden kann. Die Schulze'sche Be wegung wird nur darum verachtet, weil sie kein Geld mitbringt; ich befiege es, daß die Staatsregierung einen andern Weg beschreiten will, obwohl der Minister sagt, daß es sich nur um Productiv-Associationen handelt; es wird immer ein unglücklicher Weg sein, das Missbeet des Staates als Auskunftsmitte zu wählen. (Bravo.)

Nur in der Sicherstellung der persönlichen Freiheit erblicke ich das Heil für die arbeitenden Klassen; ob die Herren auf der anderen Seite dasselbe wollen, weiß ich nicht, aber wir machen uns keine Sorge über den Ausgang des Kampfes, wir sind überzeugt von der Sicherheit und Wahrheit unserer Prinzipien, und die Geschichte der Menschheit beweist, daß, welcher Schwund auch vom Apfelsitz, der ohne Mühe die Erkenntnis der Wahrheit schaffen sollte, bis heut in Scène gesetzt worden ist, immer nur die Arbeit selbst zum Besseren geführt habe. (Bravo.) Sie (die Conservativen) wollen einen Stand organisieren, dem werden wir nie zustimmen, weil wir gegen jeden Standesunterschied sind; unsere jegliche Forderung ist ein Schritt auf diesem Wege. (Zustimmung.) Schulze's Arbeit, die nur auf unserem Boden ge deihen konnte, ist bestimmt, zu zeigen, daß die Demokratie bestehen kann aus freien, selbstständigen Arbeitern, daß Lohnarbeit nicht zum Sklaven macht, und daß das Proletariat in die Kreise des erwerbenden Bürgertums hineingeführt wird. (Bravo.) Die Bewegung von Schulze-Delitzsch bezweckt die Befreiung des Capitals aus seiner durchsamen Existenz; es hat sich gezeigt, daß bei Finanzkreisen zuerst die kleinen Capitalisten verschwinden; der kleine Mann empfindet am empfindlichsten die Finanzkrise. Dieser Gefahr will Schulze durch die Associationen vorbeugen; aus denselben Gründen sind in England, Schottland und Am. rika Organisationen ins Leben gerufen, die selbst Capital haben, die es nicht vom reichen Manne nehmen. Aber, meine Herren, dieser Gedanke ist deutsch (sehr wahr), mit diesem Gedanken und der persönlichen Freiheit bieten wir Ihnen Bataillonen Trost; sie werden sich aufstellen und auf die Seite des Rechtes und der Freiheit treten. (Stürmisches Bravo.)

Abg. Hartfort I. (fast ganz unverständlich): Der Gesetzentwurf ist ein Bruchstück, deswegen kann ich demselben nicht zustimmen. Die Gewerbeordnung dagegen ist veraltet, hat sich überlebt, sie muß aufgehoben werden. Ich habe mit Vergnügen aus dem Munde des Herrn Handelsministers gehört, daß dies Bedürfnis anerkannt wird. Allein, wenn ich die Commission betrachte

ein Arbeiter, der viel verdient, ist ein Schatz für den Arbeitgeber. Die Interessen laufen also miteinander. — Sagt man weiter, daß das Coalitionsrecht allein nicht genügt, so muß ich betonen, daß ich früher ebenfalls diese Überzeugung gehabt habe, aber ich habe mich überzeugt, daß, sobald man die Coalitionsbeschränkung aufhebt, die unmittelbare Folge Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sein wird. Die königliche Regierung will nach der in der vorigen Sitzung von dem Herrn Handelsminister gegebenen Erklärung, Material zur Beleuchtung dieser Frage durch eine Kommission sammeln lassen. Ich sage, das beste Material ist die Erfahrung in England, alles Andere wird niemals die gleiche Fülle von Erfahrungen bieten. Und wenn man Anfragen an Jemanden stellt, so kann man die Frage so einrichten, daß man die Antwort schon aus der Frage herausliest; und wenn die Regierung in dieser Sache bei den Provinzial-Behörden anfrage, dann könnte es möglicher Weise auch geschehen, daß die Leute aus der Frage schon die Antwort, die sie zu geben hätten, erkennen würden.

Wenn überhaupt irgendwo anzufragen ist, dann dürfte die rechte Stelle zu fragen wohl bei den Arbeitern sein, die sich für die Coalitionsrechte aussprochen haben. Die Commission, welche die Regierung will, wird gar nicht zu Förderung der Angelegenheit dienen. Eine Commission verfügt man zweitens nur, um damit eine Sache aus dem Wege zu schaffen. — Zu den Worten des Abg. Wagener habe ich zu bemerken, daß Schulze-Delitzsch in seinen Befreiungen den Arbeitern volle Freiheit schaffen will, nicht nur in finanzieller, sondern auch in politischer Beziehung. Wagener dagegen wünscht den Arbeitern finanzielle Unterstützung auf Kosten ihrer politischen Freiheit; sie sollen diszipliniert werden, damit sie später Bataillone bilden, die bei der Wahl zum Stimmen geführt werden können. Die Organisation, welche der Abg. Wagener den Arbeiterverbündnissen geben möchte, ist diejenige, die er in seinem Staats-Lexicon „Leibesgegenstalt“ nennt. Inbessern lebt in unseren Arbeitern so viel gesunder Sinn, daß sie auf den Höhepunkt der Staatsunterstützung nicht ansteigen wollen. Der Abg. Wagener redet von Fabrikinspectoren, welche die Arbeit mit Staatsunterstützung beaufsichtigen sollen. Wer das Programm des Hrn. Wagener gelesen hat, wird wissen, daß er mit seinen Fabrikinspectoren Polizeibeamte meint, denen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fügen haben. Um dies unter dem Gewande der Unschuld zu verborgen, weiß Hr. Wagner auf England hin. Ich möchte ihn daran erinnern, daß er sich, ehe er mit diesen Ideen nach England läuft, das Schicksal des Generals Hainau's Gedächtnis zurückdringen möge. (Heiterkeit.)

Für Herrn Wagners erzielt die große Zahl der Arbeiter, welche sich für Freizügigkeit ausgesprochen, gar nicht; für ihn existiert nur die kleine Zahl, die sich an ihn angegeschlossen hat; für ihn erzielt überdauert keine Majorität, sondern nur die Autorität seiner kleinen Partei. Herr Wagners sage endlich, man solle diese Frage zu keiner Partei machen, aber am Schlusse seiner Rede läßt er die Arbeitervataillone marschieren, die das Gebäude den liberalen Arbeitgebern über dem Kopfe zusammenfallen lassen. Eine solche Drobung, welche, nachdem das rote Gespenst nicht mehr recht gehalten will, mit dem Schreckbilde der sozialen Revolution einschüchtert soll, damit die liberalen Arbeitgeber das nächstmal bei der Wahl in das Lager der Feudalisten übertraten sollen, eine solche Drobung ist ohne Erfolg. Auch ich sehe die Vataillone heranrücken, aber ich sehe sie mit einer Fahne, die die Inschrift trägt: „Für König und für Verfassung“. Hierfür werden sich die Arbeiter zusammenschaaren, aber nicht für den Feudalstaat, den Herr Wagners wünscht.

Ich komme nun zu den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten. Der Herr Ministerpräsident hat in der vorigen Sitzung erklärt, daß die Beschwerden der Arbeiter, die unter seiner Mitwirkung bei Sr. Majestät dem Könige im April v. J. Audienz hatten, nach genauer Untersuchung sich gräßlicher entheils als grundlos erwiesen haben.

M. h., ich bedaure das Wort: „gräßlicher entheils.“ Wär dies Wort nicht gefallen, so würde ich keine Veranlassung gehabt und genommen haben, hier über diese wirklich nicht ganz angenehme Sache ein Wort zu verlieren. Allein dieses eine Wort veranlaßt mich, auf diese Sache zurückzukommen, natürlich indem ich Alles, was mein Handlungshaus betrifft, vollständig außer Betracht lasse, nur objektiv die Sache behandle, nichts hinzufüge und nichts davonlasse. — Mit diesem Worte „gräßlicher entheils“ hat der Herr Ministerpräsident ausgesprochen, daß ein Theil dieser Beschwerden begründet sei. Er hat hinterher im zweiten Theil seiner Rede mein Handlungshaus ausgenommen, und es könnte scheinen, als wenn meine Berufsgenossen nicht so im Interesse der Arbeiter gehandelt hätten, als mein Handlungshaus. Meine Herren, ich vindische für meine Berufsgenossen ganz dasselbe, wie für mich, nichts weniger und nichts mehr. Wenn im zweiten Theil entgegengezeigt eine Anerkennung ausgeprägt ist, dann muß ich zu meinem Bedauern diese Anerkennung ablehnen. Darauf ist es dem Handlungshause nicht angekommen, als es an das Staatsministerium die Erklärung richtete, mit Vergnügen bereit zu sein, der von Sr. Maj. dem Könige allerhöchst befohlenen Untersuchungs-Commission alle Belege, selbst die discretesten, zur Disposition zu stellen. Nichts wollte sie weiter, als den Willen Sr. Maj. gezeigt zu haben; aber auch den thatfächlichen Beweis gleichzeitig zu liefern, daß die Majestät des Königtums gemäßbraucht worden war. (Hört, hört!) Lassen Sie mich kurz andeuten, wie das Verhältniß sich gebildet hat. Im Dezember des Jahres 1863 vereinigten sich die dortigen Arbeiter nach dem Systeme von Schulze-Delitzsch; und darauf im Monat Februar war mit einemmal, man wußte nicht, woher es gekommen war, vollständig eine Umänderung eingetreten. Man verließ das System Schulze-Delitzsch's und ging zum System Pöhlke, oder, besser gesagt, zum System Wagners über. (Heiterkeit.) Der Führer der Deputation, der Ihnen bekannt ist, — und dies ist mir mitgetheilt worden, nicht durch Briefe, die man von anderen Schreibpulten sich zu verfassen sucht, sondern durch Bevollmächtigte, die unaufgefordert zu mir kamen bei meiner Anwesenheit im April, als eben die Audienz bei Sr. Majestät stattfand, und die mir dies ganz genau und speziell declarirten — jener Führer also war kurz vorher, ehe die Deputation von Schlesien abreiste, zu dem Landrat Olearius, den der Herr Minister des Innern einen vertraulichen Menschen genannt hat (Heiterkeit), gegangen, und dort wurde ihm von dem Landrat allerdings eine Unterstützung nach seiner Richtung hin gewährt. Allein diese Deputation und an deren Stelle der Führer wurde von dem Herrn Landrat als Person, nicht als Staatsbeamter an das geehrte Mitglied . . . (Stimme aus der conservativen Fraktion: „Ist nicht wahr!“) Das wird sich finden, — an das verehrte Mitglied (auf Herrn Wagners deutend) abrefst.

Den Brief nahm allerdings der Führer der Deputation nicht mit, und deshalb sagen Sie, es ist nicht wahr; aber das Schreiben des Landrats Olearius, worin das geschah, ist dem berechneten Mitgliede zugegangen, und ich behaupte das. (Bewegung.) Während der Zeit, m. h., daß die Deputation nach Berlin abreisen wollte, richtete sie telegraphisch die Anfrage an den Herrn Minister des Innern, ob er sie empfangen wolle. Der Herr Minister des Innern wies sie zurück; demnach reiste die Deputation nach Berlin, natürlich, um von der bewußten Empfehlung Gebrauch zu machen. Inzwischen, gerade zur Zeit meiner Anwesenheit, ging, nachdem die Deputation nach Berlin abreisen wollte, rückte sie telegraphisch die Anfrage an den Landrat des waldeburgischen Kreises ein, worin der Landrat aufgefordert war, ein Urteil, ein polizeiliches Urteil einzurichten, weil, wie in dem Brief stand, der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, ein polizeiliches Urteil verlangt habe, bevor er sich veranlaßt sehen könnte, die Deputation bei Sr. Maj. dem Könige vorzutragen. Der Landrat des waldeburgischen Kreises hielt dieses für bedenklich und für nicht richtig nach den früher gegebenen Erklärungen des Herrn Ministers des Innern. Er wandte sich an den Herrn Minister und fragte an, ob denn das in Wahrheit begründet sei, daß man eine Deputation, welche dergleichen Unwahrheiten vorbringe, einführen wolle; er müsse davon abrathen.

Darauf erging drei Tage vorher, bevor die Deputation bei Sr. Majestät dem Könige durch den Herrn Ministerpräsidenten eingeführt ward, ein Schreiben des Ministers des Innern an das königl. Landratsamt zu Waldeburg, worin der Minister dem Landrat mittheilt, daß er weder die Deputation empfangen habe, noch empfangen werde, noch ihr eine Unterstützung zu Theil lassen werde, daß er aber auch irgend einem Theile seines Ministeriums ebensoviel den Auftrag gegeben habe, mit dieser Deputation zu verhandeln oder ihr irgend welche Unterstützung zu gewähren. Drei Tage darauf, m. h., wird dieselbe Deputation durch den Herrn Ministerpräsidenten bei Sr. Majestät dem Könige eingeführt (Hört, hört!), ohne daß der Ministerpräsident es für gut erachtet hat, bei den Herren Rechtschefs, die ja ganz genau von der ganzen Sachlage unterrichtet worden waren, irgend welche Rückfrage zu halten. (Hört, hört!) Das, m. h., veranlaßte das Handlungshaus, ihr Alles zur Disposition zu stellen, damit die Wahrheit nach allen Richtungen hin zum vollständigen Durchbruch gelange, damit Wahrheit an den Thron komme. (Lebhafte Bravo auf beiden Seiten.)

M. h.! Es geht noch weiter! Dieselbe Deputation — das hat der Herr Ministerpräsident auf eine Anfrage des Herrn Abg. Zweiten erklärt, — daß nämlich eine Association gebildet sei mit einem Kapitale, welches aus dem Chatouille Sr. Majestät herstammt; das ist richtig, aber nicht in Beziehung zu bringen mit Nowawesh, sondern mit Schlesien! (Hört! Hört!) Denselben Personen also, m. h., welche jene Deputation gebildet, ist das Kapital von 6000 Thalern zuerst und später noch 6000 Thaler gegeben worden. Es ist das eine Association von im Ganzen zwölf Personen und es

finden dies eben die Personen, welche es gewagt haben, vor Sr. Maj. dem Könige Unwahres zu sprechen. (Bewegung.) Man lasse ihnen das Kapital, m. h., ich will es ihnen durch diese Anerkennung nicht genommen haben. Die königl. Staatsregierung wird daraus die Erfahrung gewonnen haben, wie bedenklisch es ist, mit staatlichen Mitteln irgendeine und nach irgend einer Seite hin eine Unterstützung zu gewähren, um damit das Interesse der Arbeiter fördern zu wollen. Das soll die einzige Sühne sein, die wir verlangen. (Lebhafte Bravo.)

Handelsminister Graf Ihenplich. Der geehrte Redner, der so eben die Tribune verläßt, hat den Herrn Ministerpräsidenten in mehrfacher Beziehung angegriffen; ich bedaure daß er nicht den alten parlamentarischen Gebrauch respektirt hat, daß man Jemand angreift, wenn er da ist. (Bewegung. Glöckchen des Präsidenten.)

Der wenn der Herr Redner jetzt wenigstens dem Herrn Ministerpräsidenten angekündigt hätte, daß er in dieser Beziehung einen Angriff beabsichtigt, so würde er hier gewesen sein und geantwortet haben.

Wie außerdem nun die Audienzen bei Sr. Majestät nur das, was Sr. Maj. aus Gnaden irgend welchen armen Leuten aus seinem Chatouille giebt, in den Kreis dieses Hauses gehört, vermag ich nicht zu ermessen. (Beifall rechts.) Außerdem wird diese Frage, die der letzte Redner angeregt hat, am besten beurtheilt werden können, wenn wie Ihnen gestern der Herr Ministerpräsident schon gesagt hat, das Resultat der betreffenden Verhandlungen gedruckt werden wird, und das wird geschehen.

Ich verlasse diesen Gegenstand und komme zu einigen anderen Momenten, die in der Debatte vorgekommen sind. Ein anderer geehrter Redner hat gefragt, wie es sich mit dem, was gestern die Regierung erklärt hat, verhält zu demjenigen, was der Herr Abg. Wagners gesagt hat. So wenigstens habe ich die Frage aufgefaßt. M. h., ich kann darauf sehr leicht antworten, indem ich bitte, den stenographischen Bericht nachzusehen. Ich glaube, daß das, was ich erklärt und mündlich gesagt habe, vollkommen klar und deutlich war. Ich habe auch an dem stenographischen Bericht nichts geändert. Ich habe dem nichts hinzugefügt, auch kein Wort abzunehmen, auch nicht zurückzunehmen, was früher erklärt ist, daß die Vereine, die drei Arten der Vereine, die ich in der vorigen Sitzung genannt habe, für heilsam gehalten werden, und aus denjenigen Neuerungen, die sich wesentlich auf die Hinweisung auf die stenographischen Berichte beziehen, glaube ich, wird der geehrte Herr Redner, der die Frage an mich stellte, sie vollständig selbst beurtheilen können, und wird ihm daraus, glaube ich, sich ergeben, daß manches, ich glaube mich nicht zu irren, was der geehrte Abg. Herr Löwe gegen die Staatsregierung gerichtet hat, gegen die Staatsregierung nicht gerichtet werden kann, da deren Erklärung darüber nichts enthält.

Wenn nun der Abg. Hartort getagt hat, die Commission, die wir beabsichtigten, werde eine Blumenlese liefern, die einen Strauß zusammengeben würde, der wenig erfreulicher Natur sein würde, und daß die Mitglieder der Commission nicht im Stande sein würden, uns das Gesetz zu machen. Nun, m. h., daß von diesen Blumen manche nicht gerade erfreulich sein würde, das sage ich, ist richtig, so viel kann ich von der Sache schon vollständig übersehen; indes, m. h., mag es auch schwer sein, aus dieser Blumenlese einen Strauß zu machen, so soll man doch, wenn man den redlichen Willen hat, dem Lande zu nützen, sich dadurch nicht abschrecken lassen, (sieht richtig), sondern getrost an die Arbeit geben, und ziehen, wie man zu Stande kommt. Immer halte ich diesen Weg für besser, als den, im bürokratischen Selbstbewußtsein in aller Weisheit ein Gesetz zu machen, was man so in die Kammer schleudert, ohne daß es gebürgt erwogen ist. — Hier, m. h., handelt es sich um die wichtigsten und schwierigsten Fragen, die die Zeitzeit zu beantworten hat; eins ist nicht zu leugnen, daß es sich hierbei gerade um die Frage dreht: „soll man nur so weit gehen, wie der Antrag dieser Herren beweist, oder soll man noch weiter gehen?“ Das Alles ergiebt sich schon aus den Erklärungen der Regierung, die Sie gehört haben.

Also ich halte es nicht für Unrecht, so ein Gesetz ist bald entworfen — sondern ich halte es für gewissenhaft und pflichtgemäß, daß man in so wichtigen Fragen nicht eher etwas entwerfe, als bis man alle Mittel der Information erschöpft bat.

Einer der geehrten Herren Redner hat gesagt, man solle die Interessenten nicht tören. Ja, m. h., das scheint mir doch nicht richtig zu sein; die wissen doch am besten, wo es steht, und, wie man in Deutschland sagt, wo einen der Schuh drückt. Dass man alle Interessenten auch hört, scheint mir gegeben und wichtig, daß man außerdem die Regierung auch höre und die Beamten, die davon Kunde haben können, das, glaube ich, ist man ihnen und der Allgemeinheit und den Staatseinrichtungen schädig. Wenn gesagt ist, man könne ihm nicht ein Wort in den Mund legen, so muß ich den geehrten Herrn Redner bitten, daß er abwartet, bis er meine Verfolgungen gezeigt hat, um dann zu beurtheilen, ob ich ihm eine Antwort in den Mund gelegt, der ich ihn ehrlich gefragt habe.

Einer der geehrten Herren Redner hat gesagt, man solle die Interessenten nicht tören. Ja, m. h., das scheint mir doch nicht richtig zu sein; die wissen doch am besten, wo es steht, und, wie man in Deutschland sagt, wo einen der Schuh drückt. Dass man alle Interessenten auch hört, scheint mir gegeben und wichtig, daß man außerdem die Regierung auch höre und die Beamten, die davon Kunde haben können, das, glaube ich, ist man ihnen und der Allgemeinheit und den Staatseinrichtungen schädig. Wenn gesagt ist, man könne ihm nicht ein Wort in den Mund legen, so muß ich den geehrten Herrn Redner bitten, daß er abwartet, bis er meine Verfolgungen gezeigt hat, um dann zu beurtheilen, ob ich ihm eine Antwort in den Mund gelegt, der ich ihn ehrlich gefragt habe.

Endlich ist gesagt worden, es würde aus der Sache doch wohl nichts werden, und die Commission habe nur die Absicht, die Sache hinzuziehen. M. h., das ist nach meiner besseren Überzeugung, die ich hier heute habe, unrichtig. Es ist nicht die Absicht, hinzuziehen, sondern es ist die Absicht, die Sache gründlich zu erledigen. Und wenn ich, abgesehen von dem, was ich weiß, auch die Tendenz, so weit sie mir bekannt ist, angezeige soll, so ist es die Tendenz, daß man sich nicht scheuen will, die Frage anzugeben, aber nach gründlicher Prüfung und nach bestem Wissen und Gewissen. (Bravo rechts.)

(Fortsetzung folgt im Morgenblatte)

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.
Paris, 15. Febr. Der „Moniteur“ meldet: Der Nuntius vom Kaiser empfangen, drückte sein Bedauern über die Veröffentlichung seiner Briefe aus und versicherte, durchdringungen zu sein von den Pflichten seines diplomatischen Charakters. Er habe niemals die Absicht gehabt, sich von den Regeln des internationalen Rechts zu entfernen. Der Kaiser nahm diese Erklärungen mit Wohlwollen auf.

(Wolff's T. B.)

New-York, 3. Febr. Nachm. Drei offizielle Südstaaten-Commissare sind behufs der Friedensunterhandlungen in Monroe angekommen. Lincoln und Seward sind ihnen entgegengekommen. Der Congress der Nordstaaten nahm das Verfassungs-Amendement auf Abschaffung der Sklaverei an. Die Nachrichten über Sherman sind widersprechend. Wechselcours 225, Gold-Agio 106%, Baumwolle 83, Bonds 108%.

Hamburg, 14. Febr. Eine am Sonnabend den 12. d. M. in Rendsburg stattgefunden Versammlung von Männern aus Schleswig und Holstein hat der „Fechter Zeitung“ zufolge den Auschluß der Herzogtümer an Preußen für wesentlich und unabdingt nothwendig, selbst für eine durch das Interesse des Landes gebotene, nationale Pflicht erklärt.

Görlitz, 15. Febr. [Beschlagnahme.] Die Redaction der höchsten „Niederl. Ztg.“ meldet: „Die gefragte Nummer unserer Zeitung wurde wegen eines berliner Correspondenz-Artikels, welcher den Inhalt des Leitartikels im neuesten Amtsblatt besprach, polizeilich mit Beschlag belegt, so daß eine zweite Ausgabe der Nummer angefertigt werden mußte.“

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad.	Bazrometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
14. Febr. 10 U. Ab.	335,55	-11,0	N.W. 1.	Heiter.
15. Febr. 6 U. Mrg.	334,39	-12,6	O. O.	Wollig.

Breslau, 15. Febr. [Wasserstand.] O. P. 13 fl. 11 fl. U. P. 2 fl. - 3. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.
Paris, 14. Febr., Nachm. 3 Uhr. Vollständige Geschäftsflosigkeit. Die Spulen blieben unentzlossen. Die Rente eröffnete zu 67, 25, wodurch sie auf 67, 15, hob sich auf 67, 20 und schloß unbelebt zu diesem Course. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89% gemeldet. Schluss-Course: 3proz. Rente 67, 20. 5proz. Rente 65, 10. 3proz. Spanier 40%. 1proz. Spanier 39. Oesterl. Staats-Eisenbahn-Altien. — Credit-Mobilier-Altien 96, 75. Lomb. Eisenbahn-Altien 54, 50.

London, 14. Febr., Nachm. 4 Uhr. Kalt. Consols 89%. 1proz. Spanier 39%. Sardinier 79. Meritaner 27%. 3proz. Russen 91%. Neue Russen 89%. Silber — Türkische Consols 51%. Hamburg 3 Monate 13 fl. 7 Sh. Wien 11 fl. 60 Kr.

Wien, 14. Februar, Nachm. 2 Uhr. Abwartende Haltung. Schluss-Course: 5prozentige Metalliques 72, 40. 1854er Loos 87, 75. Bank-Aktien 807, — Nordbahn 184, 50. National-Unterl. 40. Credit-Aktien 188, 60. Staats-Eisenbahn-Altien-Cert. 199, 80. Galizier 226, 50. London 113, 15. Hamburg 85, 40. Paris 44, 95. Böh. Westbahn 163, 25. Creditloof 127, 15. 1860er Loos 94, 10. Lombard. Eisenbahn 246, — Frankfret a. M., 14. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Die Börse eröffnete matt und ward gegen den Schluss feier, das Geschäft war nur gering. Schluss-Course: Ludwigsbahn-Bevorz 146%. Wiener Befehl 104. Darmstädter Bank-Aktien 237. Darmstädter Befehl 260%. 5proz. Metalliques 62%. 4% proz. Metalliques 56% B. 1854er Loos 75%. Oesterl. Nat.-Untl. 68%. Oesterl.-Franz. Staats-Eisenbahn — Oesterl. Bank-Aktien 842. Oesterl. Credit-Aktien 195%. Oesterl. Elisabeth-Bahn 118. Rhein-Naherbahn 30. Hessen-Ludwigsbahn 134. 1860er Loos 83%. 1864er Loos 90%. Böh. Westbahn — Finnlandische Akt. 6% Vereinigte Staaten-Akt. pr. 1882 52%.

Hamburg, 14. Febr., Nachm. 2 1/2 Uhr. Ziellisches Geschäft. Friedrich-Wilh.-Nordbahn begeht. — Sehr kalt, in der verflossenen Nacht 16 Grad. Schluss-Course: National-Akt. 69. Oesterl. Credit-Aktien 82%. Vereinsbank 107% B. Norddeutsche Bank 115%. Rhein. 108%. Nordbahn 75%. Finn. Akt. 82%. 6proz. Verein. Staaten-Aktie pr. 1862 47%. Distincto 2%. Wien 87, 12. Petersburg 26%.

Hamburg, 14. Febr. [Getreide-markt.] Weizen sehr rubig. April-Mai 5400 Pfd. netto 92%. Banco-Chalter Brief. 92 Gelb. Roggen füll. April-Mai 5100 Pfd. brutto 78%. Brief. 78 Gelb. Del Mai 26%, Okt. 26, ruhig aber fest. Kaffee fest. Zinfl. rubig. Liverpool, 14. Febr., Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle] 3000 Ballen Umsatz. Wenig Nachfrage. Upland 21%, fair Dohlerab 17, middling fair Dohlerab 15%, middling Dohlerab 14%, Bengal 9, China 12, Domra 15